

# Der Hauptfeind steht im eigenen Land

## Weg mit dem deutschen Militärdiktat im Gewande einer EU-Verfassung

**D**er DGB fordert uns auf, am 3. April in den Städten Berlin, Köln und Stuttgart im Verbund mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) unter der Losung »Unser Europa – frei, gleich und gerecht« Protestaktionen durchzuführen. Daß die Völker der 25 EU-Staaten, daß die darin lebende Arbeiterklasse kein Recht und keine Gleichheit kennen, das ist gewiß und eine Tatsache. Es ist insbesondere unser Hauptfeind, die deutsche Monopolbourgeoisie, die Schröder-Regierung, die aus Europa ein soziales und militärisches Schlachtfeld macht unter ihrem Motto: »Unser Europa. Die Grenzen sind frei. Wir sind gleich da und werden die Beute gerecht unter uns aufteilen.«

### Modell Deutschland

Die Chemie-Gewerkschaft IG BCE plaudert offen aus, wofür die Arbeiter am 3. April marschieren sollen: »Wir demonstrieren für das Modell Deutschland in einem modernen Europa.« Noch immer gehört Deutschland den Krupp, Siemens, Bayer und Großbanken. Ihr Modell ist bekannt, und die Völker Europas erschauern bei dem Gedanken an das »Modell Deutschland«.

Welches Modell Deutschland soll es denn sein?

- Das »Modell Deutschland« von 1914 bis 1918, als die deutschen Monopole und Militärs die Völker Europas überfielen und SPD und Gewerkschaften unter dem Schlachtruf der »Vaterlandsverteidigung« mitmachten? Wohl kaum meinen sie die einzig richtige Haltung Karl Liebknechts »Der Hauptfeind steht im eigenen Land«.
- Das »Modell Deutschland« von 1939 bis 1945?
- Das »Modell Deutschland« der Remilitarisierung und des Bruchs des Potsdamer Abkommens?
- Das »Modell Deutschland« der Annexion der DDR und des Raubs souveräner Staaten?
- Das »Modell Deutschland« der Bombardierung Jugoslawiens und der Eroberung deutscher Protektorate im Kosovo, in Mazedonien, Afghanistan...?

»Wir halten fest an unserem Modell Deutschland. An Mitbestimmung, Betriebsverfassung und Tarifautonomie lassen wir nicht rütteln«, schreibt der Vorstand der Chemie-Gewerkschaft weiter. Das deutsche Betriebsverfassungsgesetz verbietet den Betriebsräten die Organisation von Streiks und knebelt sie an das Kapital. Diese Betriebsverfassung behinderte den Kampf der Arbeiter gegen Faschismus und Krieg. Betriebsverfassung und Mitbestimmung dienten nach dem II. Weltkrieg den deutschen Monopolen bei ihren Raubzügen

in Europa. Die deutsche Betriebsverfassung würde den Arbeitern Europas nur weitere Fesseln anlegen. Die Arbeiter Frankreichs erkämpften und erkämpfen sich tagtäglich aufs Neue das Recht auf ökonomische und politische Streiks wie auch das Recht auf den individuellen Streik. Soll das deutsche Modell der Betriebsverfassung sie gefügig machen für die deutschen Eroberer?

### DGB-Vorstand für ein deutsches Militärdiktat

Der DGB weiß, was in dem EU-Verfassungsentwurf steht, den die Schröder-Regierung vehement und brutal einfordert. Im Beschluß des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB vom 29.9.2003 heißt es wörtlich: »Mit dem Entwurf eines ›Vertrages über eine Verfassung für Europa‹ endeten Anfang Juli die 16 Monate dauernden Beratungen des Europäischen Konvents. ... Der DGB hat, wie auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) die Arbeit des Konvents intensiv begleitet und seine Positionen in die Debatte eingebracht. ... Der DGB spricht sich für eine Verabschiedung des Konventsentwurfs aus. ... Die Regierungskonferenz sollte daher auf Änderungen verzichten, da jede Änderung das Gesamtergebnis in Frage stellt.« Der DGB weiß also, was in dem Verfassungsentwurf festgeklopft werden soll und gibt die Hilfstruppen für die deutsche Schröder-Regierung und das dahinter stehende Monopolkapital ab.

### Arbeiter anderer Länder kämpfen gegen EU-Verfassungsentwurf und deutsches Militärdiktat

Im Gegensatz zu den DGB-Gewerkschaften kämpfen die Mehrheit der Arbeiterklassen in den europäischen Ländern längst national gegen die Zerschlagung in früheren Kämpfen selbst errungener sozialer Leistungen, gegen Militarisierung, Krieg und den EU-Verfassungsentwurf. Im Juli 2003 gingen in Griechenland anlässlich des EU-Gipfels in Thessaloniki über 200 000 Arbeiter auf die Straße, gerade um diese »Europäische Verfassung« zu verhindern. Organisiert von der griechischen Gewerkschaft PAME. In Madrid streiken im Februar/März 2004 die Werftarbeiter gegen EU-Richtlinien, die ihnen die Werften zerschlagen und die Arbeit wegnehmen wollen. 100 000 Spanier waren auf der Straße und zeigten ihre Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern der Werften. In Warschau und Krakau demonstrierten Zehntausende gegen das Diktat einer EU-Verfassung und gegen den Beitritt Polens in die EU. (In Österreich wird der Aufruf zur Neutralitätskam-

pagne »Friedensvolksbegehren gegen EU-Militärverfassung« auch vom Vorsitzenden der Salzburger Eisenbahnergewerkschaft unterstützt.)

Der DGB allerdings stellt sich gegen die kämpfenden Arbeiter Europas. In seinem Aufruf zum 3.4. fordert er unser »AUFSTEHEN« und sagt in der letzten Zeile auch, wofür: »für ein sozial verfaßtes Europa«. Sozial »verfaßt«, das heißt schlichtweg: Für die EU-Verfassung. Das aber heißt Spaltung der Einheit der Arbeiter Europas, zugunsten der deutschen Regierung, für das deutsche Monopolkapital.

## Sozialraub nach innen – Kriegskurs nach außen STREIK!

Kolleginnen und Kollegen,

unser Interesse aber besteht darin, an der Seite der Arbeiter Europas zu stehen. Unser Interesse kann und wird nicht sein, vom DGB gegen die Arbeiter Europas in Stellung gebracht zu werden. Wir wollen den anderen Arbeitern nicht in den Rücken fallen, denn dann würden wir auch uns selbst in den Rücken fallen. Die Einheit der Arbeiter Europas herstellen heißt zuerst, den Kampf im eigenen Land zu führen gegen die Hartz-Gesetze I, II, III und IV, gegen die Agenda 2010 mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters, gegen die Gesetze zur Gesundheit, die krank machen. Zur Einführung dieser Gesetze hat die Regierung Hunderte von Gesetzen geändert und wir haben den Kampf in den Gewerkschaften zu führen, daß der DGB und die Einzelgewerkschaften alle gewerkschaftlichen Mittel einsetzen zur Aufhebung dieser arbeiterfeindlichen Gesetze. Und das heißt Streik gegen die Hartz-Gesetze, Streik gegen die krankmachenden Gesundheitsgesetze. Nur so wird erreicht, was die Gewerkschaftsmitglieder wollen: Der gemeinsame Kampf der Arbeiter in Europa.

## Weg mit den HARTZ-Gesetzen! Weg mit den Gesundheits-Gesetzen – die krank machen! STREIK!

Arbeiter aller Länder vereinigt euch, das heißt zuerst: Kampf gegen den Hauptfeind im eigenen Land.

Die Streiks der Arbeiter in anderen europäischen Ländern gründen sich auch auf ihre Ablehnung des EU-Verfassungsentwurfs, der in Wahrheit ein deutsches Militärdiktat ist. Wie auch das Stillhalten in unserem Land sich darauf gründet, daß kaum ein Arbeiter dieses **deutsche** Diktat bislang zur Kenntnis genommen hat, das der DGB vor der Arbeiterbewegung unseres Landes und insbesondere den über 7 Millionen gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern in unserem Lande verschweigt.

Der Verfassungsentwurf hat 260 Seiten und verletzt jede republikanische Verfassung, die zum Inhalt hat, Schutzrechte den Bürgern zu gewähren gegenüber den Übergriffen der herrschenden Klasse und der Despotie ihrer jeweiligen Regierung. Die sogenannte europäische Verfassung zerschlägt die nationalen Schutzrechte, die in den einzelnen Verfassungen der Nationalstaaten verankert sind, auch Artikel des Grundgesetzes. Zum Beispiel der Artikel zur Unversehrtheit der Person.

## Wußtest du, was in dem Entwurf der EU-Verfassung steht?

### Verpflichtung des Ausbaus der EU zum Militärpakt:

»Die Union ist zuständig, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu erarbeiten und zu verwirklichen.« (Artikel I-11, Absatz 4)

### Verpflichtung zur Aufrüstung:

»Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.« (Art. I-40, Abs. 3) Es wird ein »Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet...«, um zum Beispiel »den Ministerrat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten zu unterstützen.« (Artikel I-40, Abs. 3).

### Verpflichtung zum Krieg:

»Die Mitgliedstaaten stellen der Union für die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zivile und militärische Fähigkeiten als Beitrag zur Verwirklichung der vom Ministerrat festgelegten Ziele zur Verfügung.« (Art. I-40, Abs. 3). Die EU-Streitkräfte sollen zu »Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen« (Art. III-210) grenzenlos, auch außerhalb der EU eingesetzt werden.

Der Kriegseinsatz wird in der Verfassung festgeschrieben, wozu jeder EU-Vertragsstaat gezwungen werden kann.

»Die Mitgliedstaaten unterstützen die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos. ... Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit schaden könnte.« (Art. I-15, Absatz 2). Dies ist keine Verfassung, sondern ein Militärdiktat gegenüber souveränen Staaten Europas. Wird in Europa dieses Militärdiktat im Gewande einer europäischen Verfassung angenommen, würde dies heißen, daß jeder Staat auch dann solche Missionen des Krieges eingehen müßte, der den Frieden mit seinen Nachbarn, den sogenannten Drittstaaten, unbedingt bewahren möchte. Mit wem führt die Bourgeoisie Krieg? Mit dir, Arbeiter, denn du bist Teil solch einer Armee und solch eines Kriegseinsatzes. Und was bedeutet es darüber hinaus? Die Eigenständigkeit der europäischen Staaten, ihre ureigenste Souveränität wird dadurch aufgehoben. Millionen Menschen in Europa droht durch solche Verfassungsartikel in Zukunft wieder Krieg.

## Wußtest du, was in dem Entwurf der EU-Verfassung steht?

»Unterstützung von Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet« (Art. III-210). Unter Terrorismus fällt die Niederschlagung von Kämpfen der Arbeiter und Befreiungsaufständen der Völker der Welt. Unter Terrorismus fallen ganze Staaten, wie z. B. das sozialistische Kuba oder die KDVR Korea, d. h. Staaten, wo die Arbeiterklasse die Ausbeuter verjagte und die Volksherrschaft aufrichtete. Völker wie das kubanische, das seit 1959 nicht nur bei sich selbst, sondern gegenüber anderen Völkern alles dafür getan hat, daß

die Befreiung, die Herrschaft des Volkes und der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie nicht noch einmal niedrigerungen werden kann. Die jedem Krieg des US-Imperialismus standhielten und ebenso der Unterminierung des deutschen Imperialismus bis zur Stunde.

Und weil es mit der Demokratie in Europa nicht weit her ist, können laut Entwurf der Verfassung eben diese Kriegseinsätze gegen Völker und Arbeiterklassen entschieden werden durch Kanzler und Minister. Über militärische Einsätze entscheidet der Ministerrat, das ist der Sinn des Art. 40 Abs. 4.

Die Gewerkschaften sind Arbeiterorganisationen. Und weil sie das sind, müssen sie entschieden gegen solch ein Militärdiktat im Gewand einer EU-Verfassung eintreten, das den Krieg in Europa vorbereitet und in der ganzen Welt.

### Wußtest du, was in dem Entwurf der EU-Verfassung steht ?

Die alten Kerneuropa-Pläne von Hitlers Außenminister von Ribbentrop über Schäuble bis Josef Fischer sollen die deutsche Vorherrschaft in Europa sichern und im EU-Militärdiktat festgeschraubt werden. »Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind, begründen eine strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Union.« (Art. I-40, Abs. 6). Es ist das militärische Kerneuropa unter deutscher Führung, das die Militarisierung des Kontinents kommandiert. Die anderen Staaten haben sich gefälligst dem deutschen Diktat zu fügen: »Wenn der Ministerrat die Europäischen Beschlüsse über den Gegenstand der strukturierten Zusammenarbeit erlässt, nehmen nur die Mitglieder des Ministerrates, die an der strukturierten Zusammenarbeit beteiligte Mitgliedstaaten vertreten, an den Beratungen und an der Abstimmung über diese Beschlüsse teil. Der Außenminister der Union nimmt an den Beratungen teil. Die Vertreter der anderen Mitgliedstaaten werden ordnungsgemäß und in regelmäßigen Abständen vom Außenminister der Union über die Entwicklung der strukturierten Zusammenarbeit informiert.« (Artikel III-213, Absatz 3)

### Wußtest du, was in dem Entwurf der EU-Verfassung steht ?

In großdeutscher Manier verlangt der deutsche Imperialismus, die Absicherung seiner Vorherrschaft in Europa auch bei den Stimmrechten zu verankern. Das demokratische Prinzip: Ein Staat – eine Stimme, dieses Prinzip ist dem Deutschen völlig fremd. Nach dem Anschluß der DDR inklusive 16 Millionen

DDR-Bürgern und dem Anwachsen der BRD auf 82 Millionen Menschen verlangt die Berliner Regierung auch mehr Stimmen im entscheidenden EU-Ministerrat. In das EU-Militärdiktat soll hineingeschrieben werden, daß für eine Mehrheit nicht nur die Mehrheit der abstimmenden Staaten ausreicht, also bei zukünftig 25 EU-Staaten ganz einfach 13 Staaten die Mehrheit bilden. Gegenüber den jetzt gültigen Regeln will Deutschland sein Stimmengewicht verdoppeln und verlangt rotzfrech:

Wer die meisten Einwohner hat, der hat auch am meisten zu sagen. Zusätzlich zu den Stimmen der einzelnen Länder soll ein Beschluß künftig nur dann gültig sein, wenn auch noch 60 % der Bevölkerung hinzukommen.

Gegen die Stimmen Deutschlands, Frankreichs und Italiens (41,3% der Bevölkerung aller 25 EU-Staaten) wäre kein Beschluß mehr möglich. Drei Staaten könnten dann über 22 Staaten dominieren! Gegen Deutschland liefe nichts mehr. Und umgekehrt: Deutschland könnte mit Frankreich und Italien im Schlepptau in sämtliche Staaten der EU hineinregieren auf-

grund der neuen Stimmengewichtung. Völlig zu recht erklärte der polnische Journalist Polak am 10.2.04 im Fernsehsender Phoenix: »... dem Beitrag der Europäischen Geschichte nach müßte Deutschland mit seiner Judenvertreibung im Mittelalter, Hexenprozessen, Aggression gegen das Königreich Polen über Teilung Polens bis hin zum I. und II. Weltkrieg nicht mal eine halbe Stimme bekommen!«

### Wußtest du, was in dem Entwurf der EU-Verfassung steht ?

Die sogenannte EU-Verfassung, die also 25 Staaten zu ihrer übergeordneten und gemeinsamen Verfassung anzunehmen gewillt sein sollen, wird nicht den nationalen Parlamenten zur Vorlage gegeben, um wenigstens den Schein einer republikanischen oder demokratischen Legitimation zu bekommen. Stattdessen werden die nationalen Parlamente außer Kraft gesetzt, so auch der Bundestag, und an ihre Stelle treten die jeweiligen Regierungen der Länder und ihre Regierungschefs.

Das Vertragsdiktat des Entwurfs der europäischen Verfassung stellt ausdrücklich in mehreren Artikeln klar, daß das europäische Parlament nichts, aber auch gar nichts zu sagen hat. Bestenfalls wird es erwähnt in der »Verfassung« in der



Dokumentation: Titelblatt der polnischen Zeitung »wprost«  
(Erika Steinbach/Schröder)

Form, daß es »angehört« und »auf dem Laufenden gehalten« wird. Das heißt, das europäische Parlament erhält keine Gesetzeskraft, ist kein gesetzgebendes Organ, wie z. B. der Bundestag. Die Europa-Abgeordneten, die wir im Jahr 2004 neu wählen sollen, haben nicht die geringsten Rechte. Sie werden nur angehört, wenn dieser Entwurf einer europäischen Verfassung Wirklichkeit werden sollte. Wer hat bei dieser »EU-Verfassung« die Feder geführt? Nach außen hin wird gesagt: Frankreich. Tatsächlich ist es die Schröder-Regierung und insbesondere unser Außenminister Fischer, und das hinter ihm stehende deutsche Kapital, das diesen Verfassungsentwurf niedergelegt hat. Denn wer die militärischen Verteidigungspolitischen Richtlinien des Kriegsministers Struck zur Kenntnis genommen hat, wird feststellen, daß die Mehrheit der Artikel des Militärdiktates wortgleich sind eben gerade mit der neuen Militärdoktrin der Bundesrepublik.

## Modell Deutschland – die Gewerkschaften als Hilfstruppen deutscher Kriegsregierungen?

Das alles wissen der DGB und seine Einzelgewerkschaften. In ihren Aufrufen zum 3. April sagen sie kein Sterbenswörtchen von dem deutschen Militärdiktat. Genauso wenig wird verlangt die sofortige Aufhebung der Hartz-Gesetze und Gesundheits-Verschlechterungen. Mit Worten wie »Für soziale Reformen«, »Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit«, »für eine solidarische Gesundheitsversicherung« sollen die Arbeiter glauben, am 3. April werde gegen den Sozialraub der Schröder-Regierung demonstriert. Wenn ganz am Schluß des DGB-Aufrufes eingeschmuggelt wird, daß »für ein sozial verfaßtes Europa« also für den EU-Verfassungsentwurf auf die Straße gerufen wird, so ist es ein Aufruf für das deutsche Militärdiktat, aufgeputzt mit ein wenig sozialer Schminke. Neu ist das beileibe nicht.

Die deutsche Regierung wußte schon zu Beginn des I. Weltkriegs die vaterlandsverteidigenden Gewerkschaften (zum Massenmorden an den Arbeitern) zu nutzen.

Der DGB schreibt in seiner Geschichtsbetrachtung »Die Deutsche Gewerkschaftsbewegung« im Jahr 1980: »Die Generalkommission (der damalige Vorstand der Gewerkschaften; Anmerkung der Verfasser) erhält jedoch auf ihre Anfrage am 1. August vom Reichsamt des Inneren die Antwort, daß die Gewerkschaften, wenn sie keine Schwierigkeiten bereiten, nicht

aufgelöst werden, »denn wir sind froh, große Organisationen der Arbeiterklasse zu haben, auf die sich die Regierung bei den notwendigen Hilfsaktionen stützen kann.«

## Modell Deutschland – die Gewerkschaften als Hilfstruppen deutscher Offiziere?

Und die Urgroßväter der heutigen Bundeswehr-Generalität wußten schon 1918 so einiges vom »Modell Deutschland«:

»Allgemein durchgeführter Arbeitsschutz ist ein deutsches Kriegsziel. In unseren vorbildlichen Einrichtungen der Arbeiterfürsorge liegt ein werbende Idee, die wir als Waffe im politischen Kampf bisher nicht verwendet haben. Unsere Überlegenheit auf diesem Gebiet muß auch in der äußeren Politik genutzt werden. Durch die Aufnahme des allgemeinen Arbeiterschutzes in die deutschen Kriegsziele würden wir uns Sympathien unter den arbeitenden Klassen der ganzen Welt erwerben.« So der Vorschlag Oberst von Haefkens in den letzten Monaten des I. Weltkriegs.

## Modell Deutschland – nie wieder!

Das, Kollegen, solltet ihr wissen, daß es unser eigener Hauptfeind ist, der unser Volk und die Völker Europas mit dem Diktat einer Verfassung zum erneuten Kriegsschauplatz erklärt. Ohne Polen, ohne Spanien hätten wir diese Verfassung schon.

Ohne daß sie im Volk erörtert wurde, geschweige im Bundestag. Das heißt, es wird uns nicht immer Polen oder Spanien retten, sondern es ist unsere ureigenste Aufgabe, den Kampf zu beginnen.

Die Großdemonstrationen des DGB am 3. April sind dafür geeignet, daß der DGB selbst gegen die Verfassung als Militärdiktat für Europa Stellung nimmt, daß er über die Tatsachen, über die Verfassungsartikel all diejenigen aufklärt, die an diesen Aktionen teilnehmen.

Und daß wir durch Transparente unsere Haltung klarmachen. Wir kämpfen für den Frieden in Europa. Wir kämpfen gegen unseren eigenen Kriegstreiber, den eigenen Hauptfeind. Wir kämpfen aber auch dagegen, daß er die Arbeiterklassen und die Völker Europas grund seiner ökonomischen

und militärischen Stärke knebeln möchte und ihnen ein Diktat aufbürdet. Wenn wir dies tun, leisten wir einen Beitrag der Solidarität und der Brüderlichkeit mit den Gewerkschaften ganz Europas. Aber nur dann.



Fotomontage der Kommunistischen Arbeiterzeitung, 1982

## Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Flugschrift der Kommunistischen Arbeiterzeitung (21.3.2004) · Verfasser: Helge Sommerrock / Heinz Klee · Druck + Verlag: Das Freie Buch · Tulbeckstr. 4, 80339 München · Internet: <http://www.arbeiterbund-fuer-den-wiederaufbau-der-kpd.de>

**KOMMUNISTISCHE  
ARBEITERZEITUNG**